Arbeitsmarkt: Das meinen die Parteien zu wesentlichen Forderungen der IG Metall

Sozialpolitik | Vorstand

Die IG Metall fordert...	CDU/CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
einen einheitlichen, flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro.	Verpflichtung der Tarifparteien zur Festlegung verbindlicher Lohnuntergrenzen in Branchen ohne Tarifvertrag; regionale/sektorale Differenzierungen möglich. ☹	Einheitlicher flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8,50 €. ☺	Kein allgemeiner flächendeckender Mindestlohn. ☹	Flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von zehn Euro, weitere Steigerung auf mindestens 12 €. ☺	Allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8,50 €. ☺
Leiharbeit verhindern und eindämmen: Gleiche Arbeit – Gleiche Rechte – Gleiches Geld, Begrenzung Verleihdauer, Synchronisationsverbot, Ausbau Mitbestimmung.	Festhalten an Abweichmöglichkeit von Equal-Pay durch Tarifvertrag; gegebenenfalls Prüfung von Handlungsbedarf. ☹	Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit; Synchronisationsverbot wieder einführen; Ausbau der Mitbestimmung des Betriebsrates. ☺	Kein Handlungsbedarf. ☹	Langfristig ein Verbot der Leiharbeit, bis dahin: Equal Pay, Flexibilitätszulage von 10%, Begrenzung der Verweildauer auf wenige Monate; Synchronisationsverbot. ☺	Mindestens die gleiche Entlohnung, wie Stammbeschäftigte; Flexibilitätsbonus; Gleiche Rechte ab dem ersten Tag. ☺
die Abschaffung sachgrundloser Befristungen.	Einschränkung befristeter Beschäftigung. 😐	Abschaffung sachgrundloser Befristungen. ☺	Lockerung des Vorbeschäftigungsverbots. ☹	Abschaffung sachgrundloser Befristungen. ☺	Abschaffung sachgrundloser Befristungen. ☺
die Abschaffung des Sonderstatus der Minijobs.	Festhalten am Sonderstatus der Minijobs. ☹	Umgehung des Arbeitsrechts bei Minijobs ausschließen und soziale Absicherung verbessern. 😐	Festhalten an Minijobs in der jetzigen Form. ☹	Volle Sozialversicherungspflicht für Minijobs ab der ersten Stunde. ☺	Begrenzung Anzahl Minijobber pro Betrieb, Stundenobergrenze, Gleichbehandlung. Einstieg in Reform der Sozialversicherungspflicht. 😐
die stärkere Ausrichtung auf nachhaltige Vermittlung in gute Arbeit.	Frühzeitige Aktivierung Arbeitsloser und schnellstmögliche Integration in den ersten Arbeitsmarkt. ☹	Vorrangig: sozialversicherungspflichtige, gute Arbeit auf dem 1. Arbeitsmarkt; bessere Betreuung Arbeitsloser. ☺	Verbesserung des Fallmanagements und des Betreuungsschlüssels. 😐	Rechtskreisübergreifende Stärkung der Vermittlung in gute Arbeit und nachhaltige Maßnahmen; Rechtsansprüche für Arbeitslose auf Fördermaßnahmen. ☺	Verbesserung der Weiterbildung für Arbeitslose; Wahlrecht für Arbeitslose bei Maßnahmen. ☺
die Verlängerung der Bezugsdauer des ALG I auf bis zu 36 Monate.	Diese Verlängerung wird von der Union nicht befürwortet. ☹	Eine solche Verlängerung ist nicht vorgesehen. ☹	Diese Verlängerung wird von der FDP nicht befürwortet. ☹	Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, Umfang unklar. 😐	Eine solche Verlängerung ist nicht vorgesehen. ☹
die Verlängerung der Rahmenfrist von zwei auf drei Jahre.	Keine Änderung vorgesehen. ☹	Verlängerung der Rahmenfrist von zwei auf drei Jahre. ☺	Keine Änderung vorgesehen. ☹	Verlängerung der Rahmenfrist von zwei auf drei Jahre. ☺	Arbeitslosengeld, wenn mindestens 4 Monate innerhalb von 2 Jahren Beiträge gezahlt wurden. Anspruch steigt mit der Dauer der Beitragszahlung. ☺
bedarfsgerechte und existenzsichernde Regelsätze und ihre deutliche Anhebung sowie die Abschaffung von Sanktionen gegen Hartz IV-Empfänger.	Es wird kein Veränderungsbedarf der derzeitigen Regelung gesehen. ☹	Die SPD tritt für verfassungsfeste Regelsätze ein. Keine Abschaffung oder Aussetzung von Sanktionen vorgesehen. 😐	Schrittweise Einführung eines liberalen Bürgergeldes (Zusammenfassung steuerfinanzierter Sozialleistungen); keine Änderung bei Sanktionen. ☹	Statt Hartz IV sanktionsfreie Mindestsicherung, kurzfristig Anhebung des Regelsatzes auf 500 € und Abschaffung der Sanktionen. 😐	Anhebung des Regelsatzes auf 420 €; statt Bildungs- und Teilhabepaket Erhöhung des Kinderregelsatzes; Sanktionsmoratorium bis zur Erarbeitung neuer Regeln. ☺
Zumutbarkeitsregelungen, die Arbeits-lose nicht zwingen, untertariflich/ortsüblich zu arbeiten.	Keine Veränderung vorgesehen. ☹	Keine Vermittlung in Arbeit unterhalb ortsüblicher Entgelte. 😐	Keine Veränderung vorgesehen. ☹	Unzumutbar soll Arbeit sein, die untertariflich bezahlt wird bzw. unterhalb von 10 € liegt. ☺	Keine Veränderung vorgesehen. ☹

☺ **Zustimmung** 😐 **Zum Teil Zustimmung** ☹ **Ablehnung**

Quellen: CDU/CSU-Regierungsprogramm 2013-2017, Positionen/Beschlüsse; SPD-Regierungsprogramm 2013-2017, Positionen/Beschlüsse; Bündnis 90/Die Grünen Bundestagswahlprogramm, 2013, Positionen/Beschlüsse; FDP Bürgerprogramm (Wahlprogramm) 2013, Positionen/Beschlüsse; Die Linke Wahlprogramm 2013, Positionen/Beschlüsse

Gesundheit und Pflege: Das meinen die Parteien zu wesentlichen Forderungen der IG Metall

Sozialpolitik | Vorstand

Die IG Metall fordert...	CDU/CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Weiterentwicklung der GKV zur Bürgerversicherung; Beschränkung der PKV auf Zusatzleistungen.	CDU/CSU lehnen eine staatliche Einheitsversicherung ab. Die PKV soll erhalten bleiben. ☹	Bürgerversicherung als öffentlich-rechtliches System bei »Teilnahme aller Kassen« (PKV?). 😐	Kopfpauschale und Abkoppelung von den Löhnen war richtig; PKV »zukunftsfest« machen. ☹	Solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung; PKV soll nur noch Zusatzleistungen anbieten. ☺	Grüne Bürgerversicherung, auch die PKV soll die Bürgerversicherung anbieten können. 😐
Wiederherstellung der realen Parität! Keine Selbstbeteiligung, Sonder- oder Zusatzbeiträge für Versicherte.	Der Weg in ein Prämienmodell (Kopfpauschale) mit eingefrorenem Arbeitgeberbeitrag wird nicht in Frage gestellt. ☹	Wiederherstellung der »tatsächlichen« Parität, Zusatz- und Sonderbeiträge fallen weg. ☺	Keine Aussage. Einen Arbeitgeberbeitrag soll es nach dem FDP-Modell nicht mehr geben. ☹	Wiederherstellung der Parität; Abschaffung aller Zuzahlungen. ☺	Wiederherstellung der Parität, Zuzahlungen werden abgeschafft. ☺
Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze im 1. Schritt auf Niveau der Rentenversicherung, Prüfung der Einbeziehung weiterer Einkommensarten.	Eine Kopfpauschale ist grundsätzlich einkommensunabhängig. ☹	Die SPD will die BBG beibehalten. Weitere Einkommensarten sollen durch eine ansteigende Steuerfinanzierung beteiligt werden. 😐	Eine Kopfpauschale ist grundsätzlich einkommensunabhängig. ☹	Aufhebung der BBG; Beiträge auf alle Einkommensarten. ☺	Anhebung der BBG auf Niveau der Rentenversicherung, alle Einkommensarten heranziehen. ☺
Erweiterung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs (Demenz einbeziehen).	CDU/CSU sind für einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff. ☺	Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs. ☺	Die FDP ist für einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff. ☺	Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs. ☺	Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs. ☺
Ausbau zur Bürger-Pflegeversicherung und Anhebung des Leistungsniveaus.	Moderate Beitragserhöhung, ergänzend kapitalgedeckte Eigenvorsorge als Pflicht. 😐	Einführung einer Bürgerversicherung Pflege. ☺	Die FDP will mehr Eigenvorsorge. ☹	Bürgerversicherung Pflege; Leistungen anheben. ☺	Einführung einer Bürgerversicherung Pflege. ☺
Einführung eines Pflegegelds für pflegende Angehörige.	Rentenrechtliche Besserstellung bei Pflege von zwei oder mehr Pflegebedürftigen. ☹	Flexible Pflegezeit bis zu 6 Monaten mit Lohnersatzleistung. ☺	Teilzeitmodelle und Freistellungsjahre. ☹	6-wöchige Pflegezeit, Lohnersatzleistung in Höhe des ALG I. 😐	3-monatige Pflegezeit, 50% des Nettolohns als Lohnersatzleistung. 😐
Stärkung der sozialen Selbstverwaltung, Erhalt der »Friedenswahl«.	Keine Aussage. Führende Vertreter wollen die „Friedenswahl" abschaffen. ☹	Stärkung der Sozialpartnerschaft und ihrer Institutionen. 😐	Die FDP will »Einheitslisten« abschaffen. ☹	Die Linke will die soziale Selbstverwaltung stärken. 😐	Stärkung der Patientenvertreter. 😐

☺ **Zustimmung** 😐 **Zum Teil Zustimmung** ☹ **Ablehnung**

Quellen: CDU/CSU-Regierungsprogramm 2013-2017, CDU/CSU Beschlüsse, Positionen, Grundsatzprogramm; SPD Regierungsprogramm, Beschluss des Parteivorstandes zu Bürgerversicherung; Bündnis 90/Die Grünen Wahlprogramm, Fraktionsbeschluss Pflegezeitgesetz; FDP Bürgerprogramm 2013; Die Linke Wahlprogramm, Antrag Bezahlte Pflegezeit einführen – Organisation der Pflege sicherstellen

Gesetzliche Rente: Das meinen die Parteien zu wesentlichen Forderungen der IG Metall

Sozialpolitik | Vorstand

Die IG Metall fordert...	CDU/CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
die Wiedereinführung des Regelrenteneintrittsalters mit 65.	Schrittweise Einführung der Rente mit 67 bis 2029. ☹	Aussetzung der Rente mit 67, wenn weniger als 50 % der 60- bis 64-Jährigen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. 😐	Die FDP lehnt eine Rücknahme der vergangenen Rentenreformen ab. ☹	Die Rente erst ab 67 muss abgeschafft werden - ohne Wenn und Aber. ☺	Im Sinne der Generationengerechtigkeit bleibt der langsame Anstieg des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre notwendig. ☹
die Stabilisierung des Rentenniveaus und seine schrittweise Anhebung.	Das Rentenniveau müsse sinken, ansonsten Kosten- und Beitragsexplosion. ☹	Wie sich das Rentenniveau in der Zukunft entwickeln soll, bleibt unklar. ?	Die Reformen der Vergangenheit, die auf die Senkung des Rentenniveaus zielten, sind in Ordnung. ☹	Das Rentenniveau muss auf 53 % angehoben werden. Hierfür müssten die Kürzungsfaktoren gestrichen werden. ☺	Die Grünen wollen verhindern, dass das Rentenniveau deutlich unter das heutige Niveau sinkt. 😐
den erleichterten Zugang und die Streichung der Abschläge bei Erwerbsminderung.	Besserstellung von Beziehern von Erwerbsminderungsrenten durch spürbare Erhöhung der Rentenansprüche. 😐	Alle Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten sollen wegfallen, zusätzliche Erhöhungen durch mehr Zurechnungszeiten und bessere Bewertung. ☺	Das FDP-Konzept sieht keine abschlagsfreie Erwerbsminderungsrente vor. ☹	Alle Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten sollen wegfallen. ☺	Zur Bemessung der Abschläge bei Erwerbsminderungsrentnern Senkung der Altersgrenze wieder auf 63 Jahre. Keine Abschläge, wenn Erwerbsminderungsrente allein wegen medizinischer Diagnose. 😐
die Neuregelung der Altersteilzeit.	Es zeichnet sich keine gesonderte Neuregelung der Altersteilzeit ab. ☹	Teilrente oder vergleichbare Regelung. 😐	Keine gesonderte Regelung der Altersteilzeit. ☹	Im aktuellen Rentenkonzept nicht erwähnt. In Debatten Zustimmung einer Neuregelung und Erleichterung der Altersteilzeit. 😐	Teilrente ab 60 mit Abschlägen. 😐
einen abschlagsfreien Ausstieg nach 40 Versicherungsjahren ab dem 60. Lebensjahr.	Dieser Ausstieg wird in der Union nicht befürwortet. ☹	Ein solcher Ausstieg ist nicht vorgesehen. ☹	Versicherungsjahre nicht ausschlaggebend, ab 60 Rente mit Abschlägen möglich, dies wären 25,2 %. 😐	Abschlagsfreier Zugang nach 40 Beitragsjahren, inkl. gleichgestellter Zeiten, ab dem 60. Lebensjahr. ☺	Ausstieg mit 60 solle ermöglicht werden, aber mit Abschlägen. Bei Rente mit 67 sind dies 25,2 %. 😐
einen abschlagsfreien Ausstieg nach 45 Versicherungsjahren.	Dieser Ausstieg wird in der Union nicht befürwortet. ☹	Abschlagsfreie Ausstiegsmöglichkeit nach 45 Jahren, aber erst ab 63. 😐	Versicherungsjahre nicht ausschlaggebend, ab 60 Rente mit Abschlägen grundsätzlich möglich, dies wären 25,2 %. 😐	Abschlagsfreier Zugang nach 40 Beitragsjahren, inkl. gleichgestellter Zeiten, erst ab dem 60. Lebensjahr. 😐	Diese Ausstiegsoption wird nicht genannt. ☹
Einführung einer Erwerbstätigenversicherung.	Eine solche Versicherung sei nur die Verlagerung der Kosten in die Zukunft. ☹	Erster Schritt: Einbeziehung von Selbstständigen. ☺	Eine Einheitsversicherung, z.B. durch die Einbeziehung berufsständischer Versorgungswerke, lehnt die FDP ab. ☹	Alle Erwerbseinkommen müssen in die Rentenversicherung einzahlen. 😐	Schrittweise Weiterentwicklung der gesetzlichen Rente zu einer BürgerInnenversicherung. ☺
eine schrittweise Beitragssatzanhebung auf 22 % und ggf. weitere Erhöhungen nach 2030.	Ziel ist Beitragssenkung zur Entlastung der Beitragszahler. ☹	Erhöhung auf 22 %, keine Angabe nach 2030. ☺	Die bisherigen Senkungen des Rentenversicherungsbeitrages werden von der FDP befürwortet. ☹	Anhebung entsprechend der Erforderlichkeit. ☺	Beitragssatz stabilisieren. ☹
eine armutsfeste Rente durch die Wiedereinführung der Rente nach Mindesteinkommen und die Beitragsabführung für ALG II-Empfänger.	Aufstockung bis zu 850 € brutto nach 40 Jahren Versicherung und privater Vorsorge, Berücksichtigung von Pflegezeiten, »Mütterrente«. 😐	Aufwertung von Niedriglöhnen und eine Solidarrente von 850 € ab 30 Beitrags- und 40 Versicherungsjahren. 😐	Lockerung der Zuverdienstmöglichkeiten im Alter und geringere Anrechnung privater Vorsorge, statt Verbesserung der gesetzlichen Rente. ☹	Mindestrente in Höhe von 1.050 € netto innerhalb dieser Legislaturperiode, Beiträge für Arbeitslose und Verlängerung der Rente nach Mindesteinkommen. 😐	Geringere Anrechnung von privater und betrieblicher Altersrente auf die Grundsicherung im Alter. 😐

☺ **Zustimmung** 😐 **Zum Teil Zustimmung** ☹ **Ablehnung** ? **Unklar**

Quellen: CDU/CSU-Regierungsprogramm 2013-2017, Positionen/Beschlüsse; SPD-Regierungsprogramm 2013-2017, Positionen/Beschlüsse; Bündnis 90/Die Grünen Bundestagswahlprogramm, 2013, Positionen/Beschlüsse; FDP Bürgerprogramm (Wahlprogramm) 2013 (vorläufige Fassung), Positionen/Beschlüsse; Die Linke Wahlprogramm 2013, Positionen/Beschlüsse